

Der Gemeindegewerkschafter

Zeitschrift für die Interessen der Handwerker, Arbeiter und Bediensteten in den Gemeinde-, Kreis- und Provinzial-Betrieben
Organ des Zentralverbandes der Gemeindegewerkschafter und Straßenbahner Deutschlands
:: Mitglied des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften ::

Erscheint alle 14 Tage. Für Mitglieder gratis. Durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 Mk.

Fernsprecher B 1547
Redaktionschluss Montags
Mittags vor Erscheinend. Blattes.

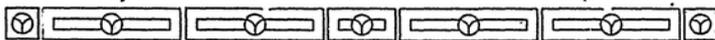
Anzeigenpreis für die viergespaltene Petitzeile 20 Pfg. ::
Anzeigen der Zahlstellen 10 Pfg.

No. 8

Köln, den 12. April 1913.

I. Jahrgang.

Kollegen! Werbt eifrig neue Mitglieder für den Verband!



Am 27. März ist die

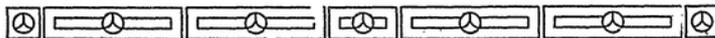
Hauptgeschäftsstelle des Verbandes

in Köln von Palmstraße 14 nach

Wenloerwall 9

verlegt. Von genanntem Tage an sind sämtliche Zuschriften an die neue Adresse zu richten.

Ab 1. April d. J. gilt die obengenannte Adresse auch für sämtliche Büros der christlichen Gewerkschaften in Köln, und für das Generalsekretariat und den Gewerkschaftsverlag.



Kommunale Sozialpolitik.

II. Arbeitszeit.

Graf Rosadowsky, der verdienstvolle Sozialreformer äußerte sich auf einer Generalversammlung des deutschen Zentralkomitees zur Errichtung von Lungenheilstätten. „Wer dafür kämpft, die Arbeitermassen gesund zu erhalten, der kämpft für die Stärke und die Zukunft unseres Vaterlandes.“ Noch viel wichtiger aber, wie die Heilung von Krankheiten ist unseres Erachtens die Gesunderhaltung.

Die moderne Produktionsweise hat nun Gefahren für die Gesundheit der Arbeiter geschaffen, die zu bekämpfen Aufgabe der beteiligten Faktoren sein muß. Überall zeigt sich die Tendenz auf Beschränkung der Arbeits- und Dienstzeiten, eben weil die heutige intensive Tätigkeit die Kräfte bedeutend eher erschöpfen, wie es ehemals der Fall war. Erfahrungsgemäß wird auch die Unfallgefahr in den letzten Arbeitsstunden bedeutend erhöht. Es bedarf jedoch keines besonderen Beweises, daß der verhältnismäßig lange Aufenthalt bei einer Tätigkeit mit starker Staubentwicklung, vielfach in geschlossenen Räumen mit einer von schädlichem Rauch und sonstigen Ausdünstungen durchschwängerten Luft, ungemein schädlich auf den ganzen Gesundheitszustand der betreffenden Arbeiter einwirken muß. Hinzu kommt noch in den Großstädten in der Regel ein längerer Weg von und

zur Arbeitsstätte, wodurch sich die Arbeitszeit auch noch um 1 bis 2 Stunden pro Tag verlängert.

Nicht zuletzt ist es auch der Wunsch der Arbeiterschaft, mehr Zeit zu gewinnen, um sich dem Familienleben, sowie den Fragen des öffentlichen Lebens mehr widmen zu können, die sie zu der Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit veranlaßt. Es ist eine total falsche Auffassung, anzunehmen, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit zu einem Minderverdienste führen müsse. Gewiß steht Lohnfrage und Arbeitszeit im engen Zusammenhang. Aber die Wirkungen der Verkürzung der Arbeitszeit zeigen sich nicht in einer Minderung, sondern in einer Steigerung des Lohnes. Mit einigen Ausnahmen, z. B. bei den Straßenbahnangestellten, deren Tätigkeit sich nicht intensiver, produktiver gestalten läßt, steigt mit der Verkürzung der Arbeitszeit bis zu einem gewissen Grade die Leistungsfähigkeit des Arbeiters. Die Arbeit wird sorgfältiger verrichtet. Die Qualität der erzeugten Waren wird eine bessere. Die allgemeinen Betriebskosten der Unternehmer sinken mit der Verkürzung der Arbeitszeit. Hierdurch wird eine bestimmte Summe frei die für Lohnsteigerungen verwandt werden kann. Tatsächlich liegt die Sache heute so, daß diejenigen Berufsgruppen und Gewerbe mit der kürzesten Arbeitszeit auch in der Regel die höchsten Löhne aufzuweisen haben. Der Gesetzgeber hat sich in Deutschland bis heute noch darauf beschränkt, in einigen Berufen und Betrieben den sogenannten hygienischen Maximalarbeitsstag für erwachsene Arbeiter, außerdem eine gesetzlich beschränkte Arbeitszeit für Arbeiterinnen und Jugendliche einzuführen. Diese Maßnahmen sind aber als gänzlich unzureichend zu bezeichnen, wenn auch nicht verkannt werden soll, daß endlich damit der Anfang gemacht ist.

Unter schweren Opfern ist es einem Teile der Arbeiterschaft gelungen, sich eine Verkürzung der Arbeitszeit zu erkämpfen. In den meisten handwerksmäßigen Berufen ist in den Großstädten heute der Neunstundentag tariflich festgelegt. Noch aber fehlt jede Regelung in der Großindustrie. Letztere hält krampfhaft an dem Zehn- und Elftundentag und längeren Arbeitszeiten fest. Hier ist auch der Schlüssel für die Erklärung zu suchen, aus welchem Grunde sich die Stadtverwaltungen so schwerlich mit dem Gedanken der Verkürzung der Arbeitszeit in den städtischen Werken und Betrieben abfinden können. Noch in letzter Zeit war es die

jeher einflussreiche Handelskammer einer rheinischen Großstadt, die, von der Großindustrie beauftragt, Stellung gegen die geplante Verkürzung der Arbeitszeit in den Werken der Stadt Köln Stellung nahm. Mit einigen wenigen Ausnahmen halten die Stadtverwaltungen noch an dem Zehn- stundentag als regelmäßige Arbeitszeit fest, obwohl in diesem Punkte die preußische Staatsregierung für ihre gewiß nicht wenigen Betriebe (Eisenbahnwerkstätten, Militärbetriebe) längst schon den Neunstundentag eingeführt haben. Erst allmählich ist man dazu übergegangen, und hat in den be- sonders gesundheitsgefährdenden Werken, wie Gasanstalten, bei schwerer Nachtarbeit, kürzere Arbeitszeiten eingeführt. Die guten Erfahrungen, die nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Verwaltungen mit dem Dreischichtensystem in den Gaswerken gemacht haben, welches sie heute auch offen ein- gestehen, wird sie allmählich auch veranlassen müssen, dieser Frage auch in anderen Betrieben näher zu treten. Die Bei- behaltung der Zwölfstundenschicht, die alle 14 Tage beim Schichtwechsel eine 24 stündige Arbeitsleistung verlangt, ist ein Zustand, der jeder sozialen Anschauungohn spricht. Nicht nur in den größeren Werken, sondern insbesondere gerade in den kleineren Werken, die in der Regel technisch nicht ganz auf der Höhe stehen, ist ohne Ausnahme für die Feuerarbeiter der Aöhtstundentag einzuführen.

Ebenso muß für die normale Tagesarbeit die Arbeitszeit allmählich auf 9 Stunden reduziert werden. Wichtige Gründe hiergegen bestehen nicht.

Selbstverständlich muß bei unserem Bestreben uns der Gedanke leiten: was kann unter den obwaltenden Umständen erreicht werden. Mit einem unüberlegten Drauflosgehen wird in der Regel nichts erreicht. Wo nicht zunächst der Neunstundentag für alle Arbeiter erreicht werden kann, muß die Verkürzung der Arbeitszeit für schwere oder be- sonderes gesundheitschädliche Beschäftigung oder für Nacht- arbeit verlangt werden. In Betracht kommen hier die Ar- beiter des Kanalbetriebes, des Fuhrparks, Schlachthofs usw. Wie die Erfahrung lehrt, ist auf diesem Wege am ehesten zu einer zeitgemäßen Arbeitszeit zu gelangen.

Aber auch hier gilt, was wir in dem Artikel über die Lohnfrage geschrieben haben. Freiwillig werden die Ver- waltungen wohl schwerlich eine Verkürzung der täglichen Arbeitszeit herbeiführen. Arbeiten wir daher selbst mit, gemeinsam mit den Arbeitern der Privatindustrie, die auch hier, wie in der Lohnfrage, uns zum großen Teile die Wege geebnet haben.

Die Neuregelung der Lohnverhältnisse der städtischen Angestellten, Straßenbahner u. Arbeiter, in Düsseldorf.

Schon vor Jahren haben wir in Petitionen und Ein- gaben an den Oberbürgermeister, das Stadtverordnetenkol- legium und einzelne Stadtverordnete darauf hingewiesen, daß die Lohnverhältnisse in den städtischen Werken und Be- trieben nicht mehr zeitgemäß wären und dringend der Neu- regelung bedürften. Nun endlich ist diese Forderung teil- weise in Erfüllung gegangen. Wir lassen hier den amt- lichen Bericht folgen und kommen später näher auf die Einzelheiten zurück.

Die jetzige Lohnerhöhung beträgt bei den Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken, bei der Straßenbahn, beim Gasen und beim Fuhrpark im allgemeinen 10 bis 20 Pfg., in ein- zelnen Fällen auch mehr, pro Arbeitstag. In entsprechender Weise hat die für die übrigen städtischen Betriebe geltende „Lohntafel“ eine durchgreifende Aenderung erfahren. Diese Lohntafel teilt die städtische Arbeiterschaft in 5 Klassen und

bestimmt für deren jede einen Anfangs- und Endlohn, welcher letzterer in skalarmäßigem Aufstücken wie bei den Beamten in einer bestimmten Zahl von Jahren erreicht wird. Die Neu- regelung setzt vor allem die Anfangslöhne beträchtlich herauf und kürzt gleichzeitig die bis zur Erreichung des Endlohnes notwendige Dienstzeit mit folgender Skala:

I. : 3.70—4.50 Mk. in 8 Jahr. (bistlang 3 50—4.20 Mk. in 13 J hr.)	
II. : 4.00—4.80 " " 9 " " " 3 60—4.80 " " 13 "	
III. : 4.20 5.20 " " 11 " " " 3 90—5 20 " " 14 "	
IV. : 4.50—5 50 " " 11 " " " 4,00—5 50 " " 14 "	
V. : 5.00—6.50 " " 12 " " " 4.50—6.50 " " 14 "	

Auf Arbeiter usw. unter 18 Jahren, sowie nicht voll Er- werbsfähige einerseits, auf Personen, deren Arbeitsleistung höher als mit dem Höchstlohne der Lohntafel zu bezahlen ist, andererseits, findet die Skala keine Anwendung.

Diese Lohnerhöhungen werden den städtischen Etat insge- samt mit jährlich rund 230 000 Mk. belasten. Bei ihrer Be- urteilung muß aber noch in Betracht gezogen werden, daß bereits in den beiden letzten Jahren eine Reihe von Maß- nahmen zur Besserstellung der Arbeiter getroffen worden sind, die für die Stadtfinanzen keine unerhebliche Belastung bedeuten. Es gelangten zur Einführung: Im April 1911 eine allgemeine Lohnerhöhung, die einen Jahresaufwand von rund 135 000 Mk. mit sich brachte; im Oktober 1911 Ehrengeschenke an Arbeiter mit längerer Dienstzeit (Jahres- aufwand rund 6000 Mk.); im April 1912 Hauspflege für im Wochenbette befindlicher Ehefrauen städtischer Arbeiter (Jahresaufwendungen zunächst rund 1000 Mk.), im April 1912 Familienzulagen an verheiratete und verheiratet ge- wesene ständige städtische Arbeiter, deren Höhe je nach der Zahl der Kinder zwischen 3 und 15 Mk. monatlich schwankt und die alljährlich rund 100 000 Mk. ausmachen; im Dezem- ber 1912 eine Regelung, wonach den an den beiden Weih- nachtsfeiertagen und dem Neujahrstag nicht beschäftigten Arbeiter 50 Prozent des Tagelohnes ausgezahlt wird, falls diese Tage in die Woche fallen, (Jahresaufwand rund 8000 Mk.). Rechnet man diese Beträge der oben angegebenen Summe zu, so ergibt sich ein gesamtter Jahresbetrag von rund 480 000 Mk., um den die wirtschaftliche Lage der städ- tischen Arbeiter innerhalb eines Zeitraumes von nur 2 Jahren aufge bessert worden ist. Diese Summe, die mit der zunehmenden Arbeiterzahl natürlich ebenfalls wächst, bean- sprucht etwa 6 Prozent des gesamten Einkommensteuersolls in der Stadt Düsseldorf.

Auch die Alters- und Hinterbliebenenversorgung der städtischen Arbeiter ist unlängst wesentlich günstiger gestaltet worden. Vor allem hat ein seitens der Arbeiter schon lange gehegter Wunsch dadurch Erfüllung gefunden, daß ihnen auf die Alters- und Hinterbliebenenrente ein Rechtsanspruch, der bislang fehlte, eingeräumt worden ist. Im übrigen wer- den die Alters-, Witwen- und Waisenrenten nach gleichen Grundsätzen wie die Pensionen von den Beamten bemessen, nur daß bei den Arbeitern selbstverständlich die aus der Reichsversicherungsordnung entfallenden Beiträge auf sie in Anrechnung gebracht werden. Andererseits wird in solchen Fällen, in denen die Altersrenten infolge kurzer Dienstzeit nur gering sein würden, ohne Rücksicht hierauf ein Mindest- satz von 450 Mk. (1912 von 300 Mk. hierauf erhöht) zu- grunde gelegt, der auch für die Berechnung der Witwen- und Waisenrenten maßgebend ist. Denjenigen Witwen und Waisen, deren Bezüge noch nach den alten, geringen Sätzen berechnet worden sind, sind diese ebenfalls vom 1. April ds. Js. ab, entsprechend erhöht worden.

Wirtschaftlicher und sozialer Fortschritt.

Es hat nie eine Zeit gegeben, in der die Menschheit in gleichem Maße wirtschaftlich fortgeschritten wäre, wie im vergangenen und in dem jetzigen Jahrhundert. Bekanntlich sind die Alten der Auffassung gewesen, daß mit der Erleichterung der menschlichen Arbeit das Glück sich bei den Menschen niederlassen würde. Insbesondere ist die Prophezeiung jenes griechischen Weisen bekannt, daß, wenn wir einmal soweit wären, daß die Webeschiffchen ohne menschliches Zutun sich bewegten, eine Aera des Glücks für uns anbrechen würde. Nun hat die ungeahnter Weise fortgeschrittene Technik uns fast so weit gebracht. Ueberall wird die Menschenarbeit durch Maschinenarbeit ersetzt. Fühlen wir uns nun auch wirklich zufriedener, wie es unsere Vorfahren von sich sagen konnten?

Es bedarf keiner Auseinandersetzung zum Beweise dafür, daß das nicht der Fall ist. Der wirtschaftliche Fortschritt, der mit einem sozialen hätte Hand in Hand gehen können, hat viel eher das Maß der Unzufriedenheit vom Ärmsten bis zum Bestgestellten unserer Tage vermehrt als die Zufriedenheit. Es nicht gelungen, die Schäden, welche die Rehrseite des wirtschaftlichen Fortschritts bildeten, so auszuschalten, daß von einem besonderen sozialen Fortschritt die Rede sein könnte. Daneben hat die steigende Bezwingung der Naturkräfte und die Möglichkeit immer größerer Aneignung der Naturschätze zu einer Ueberschätzung des Materiellen geführt, die in ihren Folgen geradezu verhängnisvoll wirken mußte.

Damit ist aber auch schon angedeutet, wo eingeseht werden werden muß, wenn auf Besserung gehofft werden soll. Die soziale Reform, die sich die Bekämpfung der wirtschaftlichen Schäden zum Ziel gesetzt hat, muß Hand in Hand gehen mit der Ueberschätzung der Materie. Wir müssen also versuchen, uns geistig zu verjüngen, wenn wir in sozialem Sinne wirklich fortschreiten wollen. Nur unter dieser Voraussetzung holen wir das Veräumte ein und kann es nur gelingen, den weiter zu erwartenden wirtschaftlichen Fortschritt mit einem weiteren sozialen Fortschritt gleichbedeutend zu machen. Das ist eine Aufgabe, an deren Erfüllung auch ein jeder von uns mitzumirken berufen ist. Durchdringen wir uns von der Verantwortung, welche die Verhältnisse der heutigen Zeit uns, wie jedem anderen Menschen unserer Tage, auferlegt haben. Den Lohn werden wir ohne Zweifel in uns selbst empfinden.

Zum 70. Geburtstag des Freiherrn von Berlepsch.

Am 30. März d. J. beging ein Mann seinen 70. Geburtstag, der uns christlichen Gewerkschaftlern schon lange kein Fremder mehr ist, der von uns allen hochgeachtete Vorsitzende der Gesellschaft für Soziale Reform, Staatsminister a. D. Frhr. von Berlepsch. Wenn wir uns heute rühmen dürfen, daß unser Vaterland auf dem Gebiete der gesetzlichen Sozialreform an der Spitze der Kulturländer steht, so soll nicht vergessen werden, daß Frhr. v. Berlepsch allzeit einer der ersten unter jenen Männern war, die in selbstloser und hingebender Arbeit geholfen haben, die soziale Gesetzgebung zu schaffen und dem Gedanken der Sozialreform gegen eine Welt von Mißverständnissen, Hindernissen und Widerständen zum Siege zu verhelfen.

Kurz, unermüdet hat Frhr. v. Berlepsch in Wort und Schrift für den sozialen Fortschritt gewirkt. Er hat sich stets als aufrichtiger Freund der arbeitenden Stände gezeigt, für die er praktische Gleichberechtigung und ein freies Koalitionsrecht forderte. Mehrfach hat er auch als Vermittler und Schiedsrichter bei Arbeitskämpfen mit Erfolg

dem sozialen Frieden gedient. So steht Staatsminister Frhr. von Berlepsch vor uns als ein Mann, der in der Sozialreform Bahnbrecher und Führer wurde in der Ueberzeugung ihrer Staatsnotwendigkeit, als ein Mann voll Pflichttreue und Lauterkeit.

Es ist deshalb für uns christliche Gewerkschaftler ein Herzensbedürfnis, am Ehrentage des Frhr. von Berlepsch mit dem Danke für seine opferfreudige Arbeit dem Wunsche Ausdruck zu geben: Möge uns der Freund und Führer der Sozialreform, der Meister des internationalen Arbeiterschutzes noch recht lange in voller geistiger und körperlicher Frische erhalten bleiben!

Mit neuem Mut voran.

Allenhalben werden Stimmen laut, die die mit dem 1. Januar in Kraft getretene Reform unseres Verbandes mit Freude und Genugtuung begrüßen. Ueberall in den Kreisen unserer Kollegen herrscht die frohe Hoffnung, daß dadurch eine bessere Entwicklung unseres Verbandes möglich wird. Nicht nur eine bessere Konzentration der Kräfte ist in Zukunft durchzuführen, auch manche andere Schwierigkeiten bei der Agitation sind durch die Reform beseitigt oder doch vermindert worden. Wir wollen bei dieser Gelegenheit jedoch gern anerkennen, daß seitens der Leitung des „alten“ Verbandes alles getan worden ist, um die Interessen der Kollegen wahrzunehmen. Ist so das Feld für die gewerkschaftliche Arbeit geebnet, so muß Aufgabe aller in Frage kommenden Faktoren sein, es in der richtigen Weise zu beackern. Diese Aufgabe darf unter keinen Umständen den Beamten allein überlassen werden. Es ist vielmehr notwendig, daß alle Kollegen hieran mitarbeiten. Vor allem ist erforderlich, daß sich die Kollegen gegenseitiges Vertrauen entgegenbringen. Wenn z. Bsp. der Beamte nicht so will, wie manche Mitglieder, oder auch einmal eine scharfe Kritik übt, die manche Kollegen nicht gerne hören, so darf dies das gegenseitige Vertrauen und gute Einvernehmen nicht stören. Es muß vielmehr den Kollegen ein Beweis sein, daß der Beamte nur das Beste für die Kollegen und die Gesamtheit will. Für ihn persönlich wäre es ja viel leichter und angenehmer, stets das zu sagen, was die Masse gerne hört. Dann sollten die Kollegen auch berücksichtigen, daß die dauernde praktische Betätigung auf diesem Gebiete den Beamten eher befähigt, über die Zweckmäßigkeit und praktische Wirksamkeit irgend einer Maßnahme ein Urteil abzugeben. Damit soll natürlich nicht gesagt sein, daß er unter allen Umständen immer Recht haben muß. Er wird vielmehr gute, praktische Ratschläge von Seiten der Kollegen freudig und gerne annehmen.

Auch ein richtiges Hand-in-Hand-arbeiten der Vorstände, Vertrauensleute und aller Kollegen ist unbedingt erforderlich. Gerade die ersteren, Vorstände und Vertrauensleute, müssen stets bedacht sein, engste Fühlung mit allen Kollegen zu halten. Sie müssen sich dauernd über Wünsche und Beschwerden der Kollegen orientieren. Besonders auch den jüngeren Kollegen in den Betrieben mit Rat und Auskunft zur Seite stehen. Selbstverständlich müssen auch alle anderen Kollegen bestrebt sein, die einzelnen, für unsere Arbeit wichtigen Vorkommnisse, wie Unglücksfälle, Differenzen zwischen Vorgesetzten und Arbeitern oder auch zwischen einzelnen Kollegen, Angriffe oder Verdächtigungen von Seiten unserer Gegner usw. in einigen kurzen Sätzen zu notieren und dem Vertrauensmann zur Weitergabe an die Verbandsleitung zu übergeben. Besonders auch müssen die Kollegen darauf achten, wenn in ihrem Betriebe Arbeitsstellen frei werden, damit dort event. arbeitslose Kollegen untergebracht werden können. Auch können die Kollegen den Vertrauensleuten die Arbeit bedeutend erleichtern da-

durch, daß sie stets gern und pünktlich ihre fälligen Beiträge bezahlen.

Mancher Kollege würde den Vertrauensmann nicht oft zwei oder gar dreimal wegen der Beiträge laufen lassen, wenn er mal darüber nachdenken wollte, welche Opfer der Vertrauensmann für die Kollegen bringt, indem er jahraus, jahrein jede Woche einige Stunden seiner so schon knapp bemessenen Zeit opfert, und keinen Weg, trotz Sturm und Unwetter scheut, wenn es gilt, unserer Sache zu dienen. Wenn dies die Kollegen bedächten, würden sie dem Vertrauensmann nicht oft noch die Arbeit erschweren und verleiden mit ungerechten Vorgeleien und kleinlichen Chikanen. Es dürfte dann auch nicht mehr so oft vorkommen, daß manche Kollegen wegen oft kleinen persönlichen Differenzen dem Verbaude den Rücken kehren. Die Kollegen müssen lernen, Sache und Person auseinander zu halten. Heute muß jeder denkende Kollege einsehen, daß durch die Gewerkschaftsarbeit schon bedeutende Vorteile für den Gesamtarbeiterstand errungen wurden. Wenn nun einzelne Kollegen, oder gar mal ein Vertrauensmann sich zu Ungerechtigkeiten hinreißen läßt, so tut das dem Zweck und der unbedingten Notwendigkeit unserer gewerkschaftlichen Tätigkeit nicht den geringsten Abbruch. Vergessen wir nicht, daß wir durch solches Eineintragen persönlicher Differenzen in unsere Gewerkschaftsache nur unseren Gegnern Waffen gegen uns selbst liefern. Nur sie haben Vorteil davon, wenn in solcher Weise durch persönliche Reibereien und Auseinandersetzungen Kraft und Zeit verschwendet wird, die besser zu praktischer Arbeit verwendet würde. Und gerade den Gegnern der christlichen Gewerkschaftsbewegung muß mehr als bisher noch zum Bewußtsein gebracht werden, daß wir nicht nach ihrer Pfeife zu tanzen gewillt sind. Aber nicht nur die Abwehr der Gegner allein, sondern vor allem praktische Arbeit zwecks Aufbesserung der Lage unserer Berufskollegen muß unsere Aufgabe sein. Daran in angegebenerm Sinne mitzuarbeiten, ist ernste Pflicht eines jeden ehrlich denkenden Gewerkschaftlers.

Aus den Ortsgruppen.

Freiburg. (Gemeindearbeiter.) Anfangs Februar ds. Js. richteten wir für ein Mitglied unserer Zahlstelle an seinen Vorgesetzten, Herrn Stadtbaumeister Buhle, eine Eingabe um Vorsehung aus der sechsten in die fünfte Lohnklasse. Der Arbeiter, welcher dies wünschte, findet sich 20 Jahre im Dienste der Stadtverwaltung und gehört seit dieser Zeit jeweils der untersten Lohnklasse an, während andere Arbeiter, die erheblich später eingetreten sind, und die gleichen Arbeiten verrichten, einer höheren Klasse zugeteilt sind. Diese Praxis kann nicht anders bewertet werden, als daß sie für eine Zurücksetzung angesehen werden muß, die ein Arbeiter hart empfindet. Statt nun unsere Eingabe zu prüfen, lief bei uns folgendes Schreiben ein:

„Mit Bezug auf Ihre an mich gerichtete Zuschrift teile ich Ihnen mit, daß ich es glaube ablehnen zu sollen, mit Ihnen über Wünsche mir unterstellter Arbeiter zu verhandeln.“

Wenn dieselben solche hegen, so ist es ihre Sache, selbst damit hervorzutreten. Es wird dann untersucht werden, ob dieselben an sich berechtigt sind und wenn ja, ob sie sich erfüllen lassen, oder ob der Erfüllung Hindernisse im Wege stehen.

Hochachtungsvoll

M. Buhle, Stadtbaumeister.“

Dies die Antwort auf unsere Eingabe. Einem Scharfmacher würde sie alle Ehre machen. Unsere Kollegen fahnten sie auch auf als das, was sie ist: eine Nichtanerkennung der Organisation, und beauftragten den Vorstand, die Angelegenheit dem Stadtrat zu unterbreiten. Am 4. März fand eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt, in der der Zentralvorsitzende Kollege Deddenbach, gerade auf einer Tour durch Baden und Elßaß begriffen, anwesend war. Es kam auch die Behandlung unserer Organisation zur Sprache und erfuhr durch die einstimmige Annahme einer Resolution die schärfste Zurückweisung. Die Resolution, nebst einer Darstellung des Streitfalles, wurde dem Stadtrat zugesandt, worauf uns unterm 19. März folgende Antwort zukam:

„In Erledigung Ihrer Eingabe vom 6. ds. Mts. übersenden wir Ihnen eine Abschrift des Berichts unseres Tiefbauamts mit dem Anfügen, daß wir den darin vertretenen Standpunkt teilen.“

Dies die Stadtratsantwort an uns und beiliegend eine Abschrift des Tiefbauamts, welches wir der Originalität halber wörtlich wiedergehen wollen:

„Das städt. Tiefbauamt an den verehrlichen Stadtrat!

Unter Rückgabe des Schreibens des Zentralverbandes der Gemeindearbeiter und Straßenbahner berichten wir auf den Auftrag, daß wir mit Bericht vom 4. März den Schriftwechsel zwischen dem Verband und dem Unterzeichneten vorlegen. Unterzeichneter nimmt heute noch den damals eingenommenen, gewiß korrekten Standpunkt ein. Es wird gut sein, auch die Arbeiter darauf hinzuweisen, daß der korrekte Weg der ist, daß sie sich mit ihren Wünschen direkt an ihre vorgesetzte Behörde, in diesem Falle das Tiefbauamt, nicht der Verband — wenden.

Haben sie keinen Erfolg, so stehen ihnen ja andere Wege offen, in erster Reihe „der städt. Arbeiterausschuß“, in zweiter die verschiedenen auf Partei- oder konfessioneller Grundlage aufgebauten Vereinigungen. Das ist unter unparteiischer Standpunkt.

gez. M. Buhle.“

Interessant ist die empfehlende Erinnerung des „korrekten“ Standpunktes am Anfang des Berichtes und des „unparteiischen“ Standpunktes am Ende desselben. Darüber könnte gewiß noch füglich gestritten werden. Noch viel interessanter ist die Auffassung von „Partei- oder konfessioneller Grundlage“ verschiedener Vereinigungen. Uebrigens ist es sehr einfach, mit einigen Schreibern über den Kern der Sache hinwegzugehen. Die Frage, weshalb der betr. Arbeiter nicht verfehlt wurde ist mit keiner Silbe erwähnt, dagegen muß ein Formfehler, der vielleicht beim Instanzenweg gemacht wurde, herhalten, um einem alten, armen Arbeiter mit 20 jähriger Dienstzeit um ein verdientes Recht bringen. Man weiß ja zur Genüge, wie es solchen Arbeitern ergeht, die es wagen, bei Vorgesetzten ihre Rechte geltend zu machen. Und der Hinweis auf den „städt. Arbeiterausschuß“ bietet uns keine Gewähr, daß dort Abhilfe erfolgen soll. Die Erfahrungen, die wir in der letzten Zeit nach dieser Richtung hin machten, sind nicht angetan, große Hoffnungen auf diese Einrichtungen zu setzen. Unsere Kollegen wählen noch immer am liebsten jenes Mittel, welches das Tiefbauamt als letztes anrätet, nämlich den Verband. Bis jetzt sind sie noch immer am besten damit gefahren. Daß es von den Betriebsvorständen als lästig empfunden wird, können wir ja begreifen, ist für uns aber der beste Beweis dafür, daß wir auf dem rechten Wege sind. Sollte aber auf dem Rathaus die bisherige Uebung, mit dem Verbaude zu unterhandeln, geändert werden, so dürfte in dieser Angelegenheit das letzte Wort noch nicht gesprochen sein.

Stuttgart. In dem Stuttgarter sozialdemokratischen Organ, der „Schwäbischen Tagwacht“ giebt ein „Genosse“ wieder einmal die Schale des Jorns über die verhassten „Christen“ aus. Dies ist an und für sich selbstverständlich. Gegen unliebsame Konkurrenten wehrt man sich. Unverständlich, oder vielmehr lächerlich ist es, wenn man fortwährend die Finger krumm schreibt über die Bedeutungslosigkeit der christlichen Arbeiterbewegung und dann eine Masse Druckerwärme und Zeitungsplatten verschwendet gegen die „Christen“. Entweder sind wir christlichen Arbeiter bedeutungslos, dann wäre alle sozialdemokratische Liebesmüh, sich mit uns zu beschäftigen, ja ganz überflüssig; oder aber sind wir ein Faktor, mit dem zu rechnen ist und dann haben wir eine Bedeutung. Nun muß das berühmte „Wäckerduzend“ christlicher Gemeindearbeiter wieder einmal herhalten. Unsere deutsche Sprache ist für die sozialdemokratischen Gewerkschaftsbeamten zu arm, wenn es sich gegen die „Christen“ handelt, daß die Zahl der christlichen Arbeiter stets nach ganzen, halben oder viertels Wäckerduzend gezählt wird. Man will eben vor den übrigen Genossen nicht eingestehen, daß es auch noch andere Arbeiter gibt, die sich zu einer anderen Weltanschauung bekennen. So haben wir in Stuttgart in drei städtischen Betrieben innerhalb Jahresfrist zwar kein „Wäckerduzend“, aber doch die Zahl von 25 städtischen Arbeiter für die christlich-nationale Arbeiterbewegung gewonnen. Wenn man die Verhältnisse, unter denen wir zu kämpfen haben, in Betracht zieht, so ist das grade kein schlechter Anfang. Um nun auch dem Nummer des sozialdemokratischen Gemeindearbeiterverbandes Rechnung zu tragen, werden wir uns bemühen, auch in anderen städtischen Betrieben die gleiche oder auch höhere Anzahl Arbeiter für uns zu gewinnen, wie dies nun gerade beim Reinigungsamt der Fall ist. Der sozialdemokratische Verband soll seine Tränen nicht unnütz vergießen. Die Arbeiter der andern Kemter, die schon längst dem Treiben der Genossen mit Widerwillen zugeschaut und zugehört haben, werden sich den „Christen“ anschließen, dafür stehen wir ein! Im Laufe des Sommers wurde auf unseren Antrag von den städtischen Kollegen das Proportionalwahlverfahren genehmigt für die Wahl des Arbeiterausschusses. Einen Vertreter brachten wir nicht durch, die Genossen arbeiteten in ihrer bekannten Manier. Anfangs

umschmeichelten sie unsere Mitglieder. Der sozialdemokratische Ortsbeamte mußte selbst antreten und Wahlzettel verteilen. Die nicht ganz kapitelfest waren, begleitete man bis zur Wahlurne. Die Krone der Wahlagitation war aber ein am Tage vor der Wahl verbreiteter Handzettel. Wir erwarten gewiß nicht, von den Genossen mit Handschuhen angefaßt zu werden, was aber da an Gemeinheit und Niedertracht geleistet wurde, das kann bei einem anständigen Menschen nur das Gefühl tiefster Verachtung und des Ekels wachrufen. Daß wir unter derartigen Umständen keinen Vertreter erhielten, ist erklärlich. Gewiß, die 5 Stimmen, die uns noch gefehlt haben, hätten wir noch aufbringen können. Die letzte Wahl, an der sich die christlichen Arbeiter beteiligten, ist dies jedoch noch lange nicht, darauf können sich die Genossen verlassen. Bei Philippi sehen wir uns wieder! Nun haben wir in der „Deutschen Reichspost“ gegen einen Artikel des sozialdemokratischen Gemeindearbeiterverbandes polemisiert. Betrachten wir auch hier einmal die Moral des sozialdemokratischen Verbandes. Wir verwehrten uns dagegen, daß den sozialdemokratischen Arbeitern von ihrem Verband aus weiß gemacht wird, der Betriebsvorstand des Reinigungsamts behandle die christlichen Arbeiter anders, wie die sozialdemokratischen. Daß dies nicht der Fall ist, mußte der Artikelschreiber so gut oder noch besser wie wir; aber es muß eben verdreht und verleumdet werden, wenn es gegen die „Christen“ geht. Jetzt soll ein Terrorismusfall von uns konstruiert worden sein. Wir schrieben damals, daß ein Arbeiter seinen Ueberchuß von der Katze nicht erhielt, weil er nicht sozialdemokratisch organisiert gewesen ist. Das war nun nicht ganz richtig, es stellte sich nachher heraus, daß diejenigen nichts erhielten oder erhalten sollten, die nicht bei einer in Betracht kommenden Versammlung waren. Die Versammlungen in Ehren, aber wenn ein armer Teufel um 5.40 Mk. geprellt wird, weil er nicht in der Versammlung war, so mutet das doch etwas sonderbar an. Nun wird erklärt, daß man froh war, daß der sozialdemokratische Gauleiter nicht auf einer Verurteilung des Redakteurs beharrte. Gut gebrüllt, Löwe! Edler sei der Mensch, hilfreich und gut. Wenn die Genossen nicht so verträglich wären vor den Schranken des Gerichts, dann säßen wohl bald alle bürgerlichen Redakteure hinter Schloß und Riegel und die bürgerlichen Zeitungen müßten elend zu Grunde gehen. Daran, daß wir mit Erfolg Klage erheben könnten auf Herausgabe der 5.40 Mk., wenn die Geschichte nicht schon längere Zeit zurückläge, haben diese „verträglichen“ Leute wohl noch nicht gedacht. Nun zu dem „Mitgliedererschwind“. Hier läßt der sozialdemokratische Verband seine Wahrheitsliebe in vollster Glorie strahlen. Er weiß ganz genau, daß uns bis dato nur ein einziges Mitglied abgefallen ist und zwar nur deshalb, was uns jener Kollege, den wir heute noch achten und ehren, vor Zeugen erklärt hat, weil er vor den sozialdemokratischen Arbeitern sonst keine Ruhe habe. So sieht die Sache in Wirklichkeit aus, man hat ja schon oft versucht, die christliche Arbeiterbewegung totzuliegen, gelungen ist es aber bis heute noch nicht. Es ist natürlich leichter, gegen die christlichen Arbeiter einen Feldzug zu machen, als wie praktische Arbeit zu leisten. Erklärte uns doch der sozialdemokratisch organisierte Arbeiter Sch. in der Versammlung, in der Kollege Dedenbach sprach: „Der Dedenbach ist ein patenter Kerl und bei Euch geht es viel ruhiger zu wie bei uns.“

Alle diejenigen Arbeiter, die noch religiös und national denken und fühlen und die noch Wert auf eine praktische Arbeit der Gewerkschaften legen, laden wir ein, sich dem christlich-nationalen Gemeindearbeiterverband anzuschließen. Man kann uns verspotten und verhöhnen, verleumden und verachten, aber man zwingt uns nicht.

Mannheim. Die Ortsgruppe Mannheim hielt am Donnerstagabend im Gesellenhaus eine gut besuchte Versammlung ab, an der erfreulicherweise auch eine Anzahl Frauen teilnahm. Herr Zentralvorsitzender Dedenbach-Möln hielt einen Vortrag über die Entwicklung und Erfolge der christlichen Gewerkschaften. Die gewaltige Entwicklung des Wirtschaftslebens habe den allgemeinen Volkswohlstand in bedeutendem Maße vermehrt. Die Arbeiterschaft strebe darnach, daran auch in entsprechendem Maße teilzunehmen. Das könne allerdings nur durch die Organisation geschehen. Die deutsche Arbeiterschaft habe das auch anerkannt und ihre gewerkschaftlichen Organisationen umfassen heute an 3 Mill. Mitglieder. Infolge ihrer numerischen und finanziellen Stärke sei es den Gewerkschaften auch möglich gewesen, namhafte Erfolge für ihre Mitglieder zu erringen. Das gelte insbesondere für die christlichen Gewerkschaften, die alles daran setzten, die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Interessen der Arbeiterschaft zu vertreten und zu fördern. Die Grundzüge der christlichen Gewerkschaften verbürgten am besten die dauernde Bessergestaltung der Lage des Arbeiterstandes, was Redner des näheren darlegt an der grundsätzlichen Stellung der verschiedenen Richtungen zu Christentum und Staat. So sehr sich in fast allen Berufen der

christliche Gewerkschaftsgedanke siegreich durchgerungen habe, müsse dies auch bei den Gemeindearbeitern und Straßenbahnern geschehen. Schon im früheren Verbands sei erfolgreich für diese gearbeitet worden. Jetzt könne es in noch ausgedehnterem Maße geschehen. Daran müßten alle mitarbeiten, ebenso an der weiteren Stärkung des Verbandes. An den Vortrag, der beifällig aufgenommen wurde, schloß sich eine lebhaftige Diskussion, die sich ganz im Sinne des Referenten bewegte. Dabei wurde aber auch u. a. Klage geführt von Straßenbahnern darüber, daß bezgl. der Gehaltsfrage ältere Leute hinter jüngeren zum Teil zurückständen. Es wurde der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß seitens der Direktion veranlaßt werde, daß gemäß den geltenden Bestimmungen das Personal in die ihm zustehende Gehalts- bzw. Lohnklasse eingereiht werde und damit die bestehende Mißstimmung beseitigt werde. Die Versammlung, an der auch Herr Stadtverordneter Schlier teilnahm, nahm einen sehr schönen Verlauf und hat die darauf gesetzten Hoffnungen vollaus erfüllt.

Bei Punkt Verschiedenes wurde von Seiten der Kollegen noch geklagt, daß bei etwaigen Vorkommnissen von Seiten der Direktion immer noch ein verschiedenes Maß angewendet wird, wenn es gegen einen christlich organisierten Kollegen oder gegen Genossen geht. Es war dies aus den angeführten Fällen unschwer zu erkennen. Wenn man verschiedene Vorkommnisse der letzten Zeit betrachtet, so nimmt die Direktion immer einen sehr loyalen Standpunkt ein, wenn es gegen einen Genossen geht. Es scheint fast, als ob man von Seiten der Stadtverwaltung und ganz besonders der Direktion der Straßenbahn das bekannte Wort, welches Herr Dr. Frank in Heilbronn auf die badische Regierung anwandte: „Wir haben Verbindungen bis an die höchsten Stellen und hat die Regierung die weitgehendsten Rücksichten auf uns zu nehmen“ auch hier anwendet. Wenn man nun in diesen Ausspruch Stadtverwaltung oder Direktion der Straßenbahn setzen würde, dann könnte man Vieles verstehen, was man sonst unbegreiflich findet. Das Gerechtigkeitsgefühl der christlich organisierten Straßenbahner leidet zum Schaden der Dienstfreudigkeit unter einer derartigen Handlungsweise. Es ist deshalb Pflicht aller Kollegen, in noch stärkerer Weise wie bisher in der Agitation tätig zu sein, um unsere Berufsorganisation zu stärken zum Nutzen jedes Einzelnen wie auch der Allgemeinheit. Nur durch eine starke christliche Organisation kann derartigen Auswüchsen entgegengearbeitet werden.

München. (Genosse Sebald in öffentlicher Sitzung des Münchener Gemeindekollegiums an den Franzer gestellt.) Es ist wohl manchem Gewerkschaftsführer passiert, daß er auf Grund falscher Informationen oder infolge absichtlicher Täuschung anderer mit den Tatsachen in Widerspruch kam und falsche Behauptungen durch Reden oder Schrift seinen Mitgliedern vorgetragen hat.

Daß aber ein Gewerkschaftsführer wie der sozialdemokratische Gauleiter und Gemeindebevollmächtigte Sebald eigene Lügen erdichtet, um an Hand solcher Lügen sich bei seinen Vertrauensleuten zu beweihträuchern, dürfte wohl selten der Fall sein.

Herr Sebald ließ ein Zirkular unter seinen Vertrauensleuten zirkulieren, wonach alle Vorteile, die die städtischen Arbeiter auf Grund der letzten Beschlüsse der sozialen Kommission haben werden, als den Erfolg seiner persönlichen Tätigkeit zu erachten wären. Diese persönliche Lohnhubelei könnte man ja Herrn Sebald schenken, allein in dem betreffenden Zirkular geht es ohne Verdächtigungen unseres Verbandes nicht ab. Wir lassen nun das Zirkular im Auszuge folgen:

München, den 11. März 1913.

An die Vertrauensleute des Verbandes.

Streng vertraulich!

(Nicht herumliegen lassen.)

Den Vertrauensleuten diene als Agitationsmaterial zur Kenntnis, daß am Montag, den 10. März die soziale Kommission tagte und daß teilweise Resultat bereits heute, Dienstag, den 11. März im Magistrat zur Behandlung steht. Darnach wurde beschlossen:

Die Einführung des Dreischichtwechsels für das Betriebspersonal der Gaswerke, die Elektrizitätswerke und des Schlacht- und Viehhofes. Die einzelne Schicht soll 9 Stunden dauern, sodas sich bei achttündiger Dienstzeit noch eine sogenannte Ueberdeckungsstunde ergibt. Bei jenen Gasarbeitern, die schon den Dreischichtwechsel hatten, soll es bei der bisherigen Einteilung bleiben. Für die Hilfswärter bei Elektrizitätswerk soll die Nachtschicht nur 7 Stunden betragen. Die Neuregelung tritt am 1. April 1913 in Kraft. Der Dreischichtwechsel war nicht vorgesehen für das Betriebspersonal der Krankenanstalten; auf Antrag des Gemeindebevollmächtigten Sebald soll diese Frage nochmals behandelt werden. Zunächst haben sich die Direktoren der Krankenanstalten für die Durchführbarkeit zu äußern.

Weiter wurde beschlossen: Am heiligen Abend, Silvester, Karfreitag und Pfingsttag um 2 Uhr nachmittags die Arbeit zu beenden; an diesen Tagen soll die Vormittagspause eine Stunde später gelegt werden. Weiter wurde ein vom Kollegen Sebald gestellter Antrag angenommen, wonach militärische Friedensübungen als Dienstzeit zu betrachten wären. Um Meinungsverschiedenheiten hintanzuhalten, sei jedoch bemerkt, daß die aktive Militärdienstzeit (2 bezw. 3 Jahre) nicht hierunter fällt.

Die soziale Kommission hat auch über die Verkürzung der Winterarbeitszeit beschlossen; da aber diese Angelegenheit nicht so sehr eilt, wird sie erst in einer der nächsten Magistratsitzungen endgiltig erledigt.

Auch die Bezahlung der Wochenfeiertage, sowie die Neubehandlung der Lohnfrage wird in den nächsten Tagen wieder in Angriff genommen.

Nach Lage der gegebenen Verhältnisse ist herauszufinden, daß die Liberalen wohl eine Lohnhöhung bewilligen wollen, aber erst, wenn die Bewegung der Bauarbeiter vorüber ist. Der Führer der Liberalen hat gelegentlich auch versprochen, den Antrag auf Nachzahlung ab 1. Januar 1913 mitzunterstützen.

Das unaufhaltbare Fortschreiten unseres Verbandes hat natürlich bei unseren Herren Gegnern des christlichen Verbandes wieder einmal einen Wutanfall ausgelöst.

Trotz ihrer wenigen Mitglieder haben diese Christlichen in Köln a. Rhein 4 Beamte angestellt; auch in München haben sie 2 (Kirchsauer und Weirler) sie versuchen nun durch Betriebsversammlungen ihre Reihen zu stärken.

Bei dieser Gelegenheit wird es wohl das Praktischste sein, wenn die Vertrauensleute dahin wirken, daß die städtischen Arbeiter solche gegnerischen Versammlungen möglichst fernbleiben. Wir haben keine Ursache, durch Teilnahme unserer Mitglieder den Gegnern die Versammlungen zu füllen und sie so interessant zu machen. Immerhin aber ist es notwendig, daß die Vertrauensleute sofort (möglichst telefonisch) der Verbandsleitung Mitteilung machen, wenn eine gegnerische Versammlung einberufen wird.

Am Samstag, den 8. März hatten die Christlichen mit großem Tamtam eine Versammlung der Gasarbeiter und eine Versammlung im 1. Straßenausbaubezirk einberufen; beide konnten wegen mangelnden Besuches nicht abgehalten werden. Nicht so!

Diesem fleißigen und energischen Mitarbeiten der Vertrauensleute an dem Aufbau unserer Bewegung wird deshalb auch ein Erfolg winken.

Mit bestem Gruß!

Die Verbandsleitung. Franz Sebald.

Mit den in dem Zirkular gemachten Angaben aus der Sitzung der sozialen Kommission hat sich Genosse Sebald zunächst eines Vertrauensbruches schuldig gemacht. Außerdem hat er in dem Zirkular einem anderen Gemeindebevollmächtigten angeblich an ihn (Sebald) gemachte Zusagen veröffentlicht, die derselbe überhaupt nicht gemacht hatte. Wir lassen in dieser Sache zunächst kurze Auszüge aus dem Rathausberichte der Münchener Neuesten Nachrichten von der Nummer des 20. März 1913 folgen:

G.-B. M ä r k l bringt ein vom Vortredner (Sebald) ausgehendes Zirkular an die im Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter organisierten städtischen Arbeiter zur Sprache, das den Ausdruck trägt: Streng vertraulich! Nicht herumliegen lassen! und das sich mit den geheimen Beratungen der Sozialen Kommission beschäftigt. Das Zirkular weist auch darauf hin, daß der Führer der Liberalen, G.-B. Schön, im Privatgespräch versprochen habe, einen Antrag auf Nachzahlung einer Lohnaufbesserung an die städtischen Arbeiter ab 1. Januar 1913 zu unterstützen.

G.-B. Schön (lib.) hält das Vorgehen, daß Beratungen der Sozialen Kommission auf dem Zirkularwege den Arbeitern mitgeteilt werden, für nicht angängig. Er erklärt, er habe in der Kommission sich lediglich dahin geäußert, man könne, wenn der Tarifvertrag mit den Bauarbeitern geregelt sei, die Frage einer Aufbesserung und einer Arbeitszeitverkürzung für die städtischen Arbeiter ebenfalls prüfen. Ein Privatgespräch in der vom Zirkular behaupteten Richtung habe er nicht geführt. Zu übrigen erinnere er den G.-B. Sebald daran, daß dieser schon mehrmals gegenüber den Arbeitern ihm Äußerungen imputiert habe, die er gar nicht gemacht habe. So sei es absolut unwahr, daß er sich gegen den Dreischichtwechsel ausgesprochen habe.

G.-B. S e n n e (lib.) weist darauf hin, daß der frühere liberale G.-B. Frech wiederholt die Einführung des Dreischichtwechsels beantragt hat. Es müsse das deshalb konstatiert werden, damit nicht Sebald wieder den Versuch mache, das hier Erreichte lediglich als sein Werk hinzustellen. Im übrigen weist auch Henne dem G.-B. Sebald nach, daß dieser auch ihm gegenüber vollständig unwahre und entstellte Äußerungen aus Beratungen des Kollegiums zu gehässiger Polemik in Arbeiterversammlungen verwendete.

Im weiteren Verlauf der Debatte versuchten die G.-B. M a i t h und S j h i n g e r (Soz.), den Antrag Sebald noch näher zu be-

gründen, während G.-B. Schön als Referent noch hervorhob, daß man unmöglich jetzt, nachdem der Etat kaum abgeschlossen wurde, ohne weiteres und ohne Prüfung der Kosten die allgemeine Einführung der neunstündigen Arbeitszeit vornehmen könne.

G.-B. S e b a l d behauptete schließlich noch, daß das Zirkular nur Mitteilungen aus der öffentlichen Magistratsitzung und nicht aus der Sozialen Kommission enthalten habe.

Diese Behauptung wurde an der Hand des Zirkulars aber von G.-B. M ä r k l als falsch nachgewiesen.

Soweit es sich um die vorgesehenen Verbesserungen handelt, dürfen dieselben keineswegs auf das alleinige Konto des Herrn Sebald gesetzt werden. Es sind die Erfüllung teilweiser Forderungen, die schon seit Jahren wiederholt durch Einsenden und Petitionen unseres Verbandes an den Magistrat, das Gemeindekollegium und die einzelnen Betriebsvorstände gestellt wurden. Außerdem sind diese Forderungen schon wiederholt durch die Vertreter der christlichen Arbeiterschaft im Rathaus erhoben worden.

Soweit es sich um die Aneiferung der sozialdemokratischen Vertrauensleute durch Herrn Sebald zur Hausanitation handelt, sei betont, daß derselbe vor einigen Wochen per Post an alle unorganisierten und nicht sozialdemokratisch organisierten städtischen Arbeiter, also auch an unsere Mitglieder, Zirkulare sandte, in denen in den höchsten Tönen der rote Verband als das einzige Mittel für die städtischen Arbeiter empfohlen hatte.

Eine Woche später begann die verächtliche Keilerei in den Wohnungen unserer Mitglieder, um sie zum Uebertritt zu bewegen, was bei den Genossen mit einigen Ausnahmen von Erfolge war. Diese Fahnenflüchtigen wurden durch Neuaufnahmen und Uebertritte aus dem sozialdemokratischen Verband wieder ausgeglichen. Die wiederholte Verdächtigung in dem Zirkular, daß unser Verband bei den wenigen Mitgliedern in Köln 4, und in München 2 Beamte habe, dient zu dem Zweck, unsern Mitgliedern Anselia zu machen, als würden sie nur Beiträge zahlen, um die Beamten zu unterhalten. Wenn unser Verband in Köln 3 und nicht wie Sebald behauptet, 4 Beamte hat, so wissen unsere Mitglieder, daß dort die Zentralleitung des Verbandes ist, bei der ein Zentralvorsitzender, Redakteur, Hauptkassier in Betracht kommt, die nicht für die Stadt Köln, sondern für den Verband anstellt sind. Für die Mitglieder unseres Verbandes im Kölner Bezirk (in der Stadt selbst 1600) ist ein Beamter anstellt. Wenn wir annehmen, daß der rote Verband einschließlich seiner Ortsgruppe der Militärarbeiter, den Arbeiterinnen bei den privaten Reinigungsanstalten und der Flukbuarbeiter um München die doppelte Zahl von Mitgliedern hat, so hat er verhältnismäßig dreimal soviel Beamte in München wie unser Verband für seine Mitglieder in Köln. In München sind doch 4 Beamte und eine Beamtin des roten Verbandes. Soweit es sich um unsere 2 Beamte in München handelt, so kommt der Kollege Kirchsauer für die Ortsgruppe München als Lokalbeamter und Kollege Weirler als Bezirksleiter für Bayern in Betracht. Außerdem noch für die Militärarbeiter.

Herr Sebald will auch seine Leute von unseren Versammlungen in München fernhalten. Nebenfalls um ihnen die Möglichkeit zu nehmen, auch einmal die Wahrheit zu hören. Uebrigens steht es Herrn Sebald verzeufelt schlecht an, sich über zwei von uns anberaumte, schlecht besuchte Versammlungen zu freuen, da doch seine Freunde es waren, die durch Lokalaufhebung die Versammlungen in den benannten Lokalen unmöglich gemacht hatten.

Die Versammlung der Straßenbauarbeiter, wie die der Gasarbeiter wurden trotzdem abgehalten, wenn sie auch schwach besucht waren. Bei der Versammlung der Gasarbeiter hatte Genosse Sebald seine Mitglieder abgehalten, damit sie es nicht hören sollten, was für Verhältnisse in den durch seine Stelluna zur Auflösung der Betriebskrankenkasse der Gasarbeiter herbeiführen will. Aus lauter Angst, seine Mitglieder könnten die Wahrheit erfahren, hat er drei Beamte seines Verbandes in diese Versammlung dirigiert, um eben, anwesende Arbeiter seines Verbandes zu kontrollieren und sie dann zu schubriegeln.

Ein Mann, der ein so schlechtes Gewissen hat, daß er sich fürchten muß, daß seine Mitglieder in gegnerischen Versammlungen Aufklärung finden könnten, und der als Mittel zum Zweck seinen Vertrauensmännern etwas vorlügen muß, was auf einem Zirkular steht, das nur streng vertraulich behandelt und das man nicht herumliegen lassen darf, hat jedes Recht verwirkt, eine Kritik am Gegner zu üben. Die städtischen Arbeiter werden auch aus einem solchen Gebahren die richtige Lehre zu ziehen wissen.

Wie seitens der Genossen die Agitation betrieben wird, dafür ein weiteres Beispiel: Sämtliche Arbeiter der städtischen Desinfektionsanstalt sind im christlichen Gemeindearbeiterverband organisiert. Um dieselben für den roten Verband zu kapern, wurde an diese Arbeiter vergangene Woche von den Genossen eine anonyme Einladung verschickt. Dieselben haben den Schwundel der Einladung aber sofort kapiert und blieben der Versammlung fern, obwohl sich der Beamte Weiß des roten Verbandes in der Nähe

des Versammlungslokals postierte und den Arbeitern der Desinfektionsanstalt auf dem Wege nach Arbeitsluß recht vertrauliche Blicke entgegenbrachte. Die Machination muß um so niedriger angeschlagen werden, als man auf die Tagesordnung setzte: Die Aufnahme der Bediensteten in den engeren Gemeindedienst und Aussprache hierüber. Sonst sind die Sozialdemokraten grundsätzlich gegen die Aufnahme der Arbeiter in den engeren Gemeindedienst, aber zum Mitgliederfang wäre auch diese Tagesordnung recht als Mittel zum Zweck. Uebrigens wurde eine diesbezügliche Eingabe schon längst vom christlichen Verband an der zuständigen Stelle gemacht.

Es muß eine traurige Organisation sein, die bei der Einladung zu Versammlungen nicht den Mut hat, ihren Namen geschweige denn den Namen des Einberufers auf ihre Zettel zu setzen. Der auf die christlich organisierten Desinfektionsarbeiter lungernde Genosse Weiß mußte als betrübter Vohgerber unverrichteter Dinge von dannen ziehen. Recht so!

Würzburg. (Straßenbahner.) Bei der letzten Wahl des Arbeiterausschusses wurden unsere Kandidaten sämtlich gewählt. Nunmehr heißt es aber auch geschlossen hinter dem Ausschuß stehen. Wie überall wird auch hier der Arbeiterschuß nur ein soziales Dekorationsstück sein, wenn nicht eine starke Organisation besteht, auf die sich der Ausschuß bei seinen Anträgen und Verhandlungen stützen kann. Ist aber diese vorhanden, ist die Gewähr geboten, daß die berechtigten Wünsche und Forderungen der Kollegen auch Beachtung und Berücksichtigung finden.

Köln. (Fuhrparkarbeiter.) Am 6. Januar wurde in der Generalversammlung beschlossen, daß die Kutscher und Fahrer des städtischen Fuhrparks eine eigene Ortsgruppe bilden sollten. Es geht ein freier Zug durch die neugebildete Ortsgruppe, indem durch plan- und zielbewußtes Arbeiten ein großer Teil der alten Kollegen, welche sich zur Zeit von uns abgewandt hatten, wieder zu uns gekommen sind, und ein gutes Teil neuer Mitglieder mitgeführt haben. In der Versammlung am 9. März referierte Kollege Krumböck über die „Gelben“. Wenn auch unter den städtischen Arbeitern und Angestellten in Köln trotz mehrmaliger Versuche es nicht gelungen ist, die gelbe Sumpfpflanze aufzuziehen, müsse doch jeder Arbeiter mit dieser Bewegung befreundet sein, um in der Öffentlichkeit den Kampf gegen diese Ausharbeitsorganisation aufnehmen zu können. Sodann gelangten die Betriebsverhältnisse beim Fuhrpark zur Erörterung. Für die Arbeiter des Fuhrparks, die zum übergroßen Teile gesundheitschädliche, schwere Nacharbeit verrichten müssen, müsse die neunstündige Arbeitszeit eingeführt werden. Diese Forderung, für die bei der Stadtverwaltung Geneigtheit besteht, sie zu bewilligen, wäre für die Fuhrparkarbeiter jedenfalls heute schon erledigt, wenn nicht der sozialdemokratische Verband durch seine weitergehenden Forderungen die ganze Reform gefährdet hätte. Die Kollegen möchten sich daher bei den Genossen für diese Verärgung bedanken.

Kollege Bär berichtete dann über die Verhandlungen des Arbeitersausschusses. Dieser habe beschlossen, in nächster Zeit einen Antrag einzubringen, nachdem in Zukunft für die Nacharbeiter zwei freie Montage im Monat als Ruhetage eingeführt werden sollen.

Freising. Unsere Ortsgruppe hielt am 23. Februar ihre diesjährige Generalversammlung ab. Der Bericht des Vorstandes zeigte, daß im letzten Jahre tüchtig gearbeitet worden ist. Nicht nur ist die Zahl der Mitglieder gestiegen, sondern auch die gewerkschaftliche Durchbildung der Mitglieder hat wesentliche Fortschritte gemacht. Der neugewählte Vorstand sprach mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln sich seiner Aufgabe in der Agitation, wie auch in der Erledigung der sonstigen Verbandsaufgaben zu unterziehen. Nach einigen ermunternden Worten des Kartellvorsitzenden wurde die Versammlung geschlossen.

Verbandsnachrichten.

Kollegen! Mit dem Erscheinungstage dieser Nummer ist der 15. Wochenbeitrag fällig.

In der letzten Nummer ist in den Verbandsnachrichten ein sinnentstellender Druckfehler enthalten. Der betreffende Satz muß lauten: **Von den Beiträgen verbleiben 10% der Lokalkasse.**

Für das 1. Quartal haben abgerechnet die Ortsgruppen Büttlingen und Neufkirchen.

Der Zentralvorstand.

Volkswirtschaftliches und Soziales.

Das Betriebsergebnis der Stuttgarter Straßenbahn im Jahre 1912.

Darüber berichtet das „Deutsche Volksblatt“ in Stuttgart folgendes:

Am 29. März hielten die Stuttgarter Straßenbahnen im Bürgermuseum ihre 44. ordentliche Generalversammlung ab. Vertreten waren 5438 Stimmen. Der Geschäftsbericht für 1912 gab keinen Anlaß zu Debatten. Von Interesse ist eine darin enthaltene Zusammenstellung über die Entwicklung der Straßenbahnen in den letzten 10 Jahren. Während die Einwohnerzahl der Stadt von 1903 bis 1912 um 35 Proz. gewachsen ist, hat die Bahnlänge um 90 Proz., die Betriebslänge um 189 Proz., die geleisteten Wagenkilometer um 134 Proz. und die Zahl der beförderten Personen um 154 Proz. zugenommen. Was das finanzielle Ergebnis angeht, so sagt der Bericht, daß dasselbe trotz der schlechten Witterung des Jahres 1912 über die ganze Frühjahrs- und Sommerzeit nicht ungünstig gewesen sei; im letzten Vierteljahr habe aber die Zahl der Fahrgäste wesentlich abgenommen, während auf Verlangen der Stadtverwaltung das Platzangebot auf einzelnen Linien über das Maß des Notwendigen gesteigert werden mußte, wodurch das Jahresergebnis beeinträchtigt wurde. Auch schon in den Vormonaten habe sich gezeigt, daß für die wahllose Durchführung des Fünfinutenbetriebs bei allen Linien, selbst in den Hauptverkehrszeiten hier der Verkehr noch zu schwach ist. Der vom Aufsichtsrat vorgeschlagene Verteilung des Reingewinnes von 862 355 Mark wurde zugestimmt: es kommen 12 Proz. Dividende mit 810 000 Mark, und die Abgabe an die Stadt mit 43 111 Mark zur Auszahlung; die restlichen 9243 Mark werden auf neue Rechnung vorgetragen. Aufsichtsrat und Vorstand wurde hierauf Entlastung erteilt. Schließlich stimmte die Generalversammlung noch einmütig der Erhöhung des Aktienkapitals zur Beschaffung der erforderlichen Mittel für Erweiterungen des Unternehmens zu. Das Grundkapital wird danach um 2¼ Millionen durch Ausgabe von 2250 Stück Inhaberaktien im Nennwert von je 1000 Mark erhöht; das Aktienkapital beträgt dann 9 Mill. Mark. Die neuen Aktien werden der Gesellschaft für elektrische Unternehmungen in Berlin zum Kurse von 115 Proz. mit der Verpflichtung überlassen, den Aktionären auf je drei alte Aktien eine neue Aktie a 1000 Mark zum Kurse von 118 Proz. innerhalb einer gewissen Frist zum Bezuge anzubieten. Die neu auszugebenden Aktien nehmen vom 1. April 1914 am Gewinn gleichmäßig mit den übrigen Aktien in vollem Maße teil. Die Einzahlungen haben zu nachfolgenden Terminen zu erfolgen: 25 Proz. zuzüglich des Agios von 15 Proz. am 1. Aug. 1913, die nächsten 50 Proz. am 1. April 1914, und die restlichen 25 Proz. am 1. Dez. 1914. Weitere Anfragen wurden in der Versammlung nicht gestellt.

Aus der Gewinnverteilung ist zu ersehen, daß der Betrieb ein ganz einträgliches Geschäft ist. Ein paar Prozente dieses hohen Gewinnes hätten wohl auch die Arbeiter und Bediensteten der Straßenbahn extrahieren können, die gegenüber den großstädtischen Wohnungs- und Lebensmittelpreisen von Stuttgart zurückstehen. Nachdem sich in der letzten Zeit lebhaftere Organisationsbestrebungen für den Anschluß an unsern Verband bemerkbar machen, wird es bald dessen Aufgabe sein, bezüglich der Regelung dieser Fragen an die maßgebenden Instanzen heranzutreten. In einer der nächsten Nummern werden wir einmal Vergleiche bringen zwischen den Gehältern der Straßenbahner von Stuttgart und jener anderer Großstädte in Deutschland. —

Der Geschäftsbericht der Rheinischen Bahngesellschaft zu Düsseldorf

für das letzte Geschäftsjahr liegt nunmehr vor. Wir entnehmen demselben Folgendes:

„Die Eisenbahnen und die damit zusammenhängenden Betriebe haben sich günstig entwickelt. Dagegen sind unsere bereits im Vorjahre geäußerten Befürchtungen über die Wirkung der Wertzuwachssteuer auf den Grundstücksmarkt bei der zurzeit herrschenden und voraussichtlich noch länger andauernden Deuerung des Geldes noch übertroffen worden. Diese Verhältnisse haben das Ergebnis stark beeinträchtigt und uns veranlaßt, die Verteilung einer Dividende von nur 6% (in den beiden Vorjahren je 7%) vorzuschlagen. Bei Verwendung des Vortrages oder Inanspruchnahme der Gewinnrücklage (100 000 M.) oder durch Verminderung der Rücklagen hätte eine höhere Dividende ausgeschüttet werden können; doch ist davon Abstand genommen worden im Hinblick auf die vorläufig noch ungünstige Lage des Grundstücksmarktes und auf die bestehenden Schwierigkeiten in der Beschaffung von Hypotheken, sowie auf die Belastung durch die Wertzuwachssteuer.

Der Rohüberschuß beträgt M. 1 111 515 (im Vorjahre M. 1 192 654); dazu tritt der Vertrag von M. 91 099 (M. 87 218). Dagegen sind in Abzug zu bringen: Abschreibungen M. 291 191 (M. 250 381), Zuweisungen zu den vorgeschriebenen Beständen M. 18 411, Gewinnanteile und Bezeichnungen für Beamte M. 34 791 (M. 35 312). Der Reingewinn von M. 696 221 (M. 831 098) soll, wie folgt, verteilt werden: 6% Dividende = 600 000 (7% = M. 700 000), Vortrag auf neue Rechnung M. 96 221.

Die Erzeugung von elektrischem Strom in eigener Zentrale ist gegen die des Geschäftsjahres 1911 um 827 325 Kwst. gesunken. Dies ist auf den Umbau zurückzuführen, durch welchen wir gezwungen wurden, große Strommengen aus fremden Werken zu beziehen. Der gesamte Verbrauch von Strom ist dagegen um 822 540 Kwst. gestiegen. Davon wurden in der Kraftstation selbst 2 817 336 (3 133 581) Kwst. Gleichstrom und 342 532 (853 612) Kwst. Drehstrom erzeugt. Aus fremden Elektrizitätswerken wurden insgesamt 2 656 787 Kwst. bezogen. Die Selbstkosten für die Kilowattstunde, einschließlich der uns fremden Werken bezogenen Kraft, betragen 4,9 Pfg.“

Der Streik der Angestellten im vergangenen Jahre hat ohne Zweifel ebenfalls wesentlich dazu beigetragen, den Reingewinn um mehrere Hunderttausend zu vermindern. Nicht allein der Ausfall an Einnahmen an den Streiktagen, sondern die durch die Streikbrecher hervorgerufenen Betriebsunfälle, wo mehrere Wagen total demoliert und eine Reihe von Personen getötet und verletzt wurden, erforderten eine ganz ansehnliche Summe.

Dabei hat die Gesellschaft schließlich doch die geforderte Lohnerhöhung eintreten lassen müssen.

Das eine steht heute fest; hätte man damals sofort die bescheidenen Wünsche des Personals erfüllt, hätte man eine bedeutende Summe erspart und heute ein dienstfreundliches, geschultes Personal, was von einer gelben Streikbrecher-Gesellschaft nicht behauptet werden kann.

Aus der Arbeiterbewegung.

Christliche Gewerkschaften und evangelische Jugendvereine.

Wie in den evangelischen Arbeitervereinen, so hat man auch in den evangelischen Junglingsvereinen lange Zeit hindurch nicht zu einer klaren Stellung zur Gewerkschaftsfrage gelangen können. Die Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung aber zwingt die Jugendvereine, sich mit der Gewerkschaftsfrage zu befassen und drängt auf eine Klärung

der Ansichten hin. Die große Mehrzahl der evangelischen Junglingsvereine hat sich schon entschieden und zwar für die christliche Gewerkschaftsbewegung. Das Sprachrohr der evangelischen Junglingsvereine Westdeutschlands, hat sich schon seit Jahren mit allem Nachdruck für die Förderung der christlichen Gewerkschaften ausgesprochen. Neuerdings äußert sich das Verbandsblatt der Dresdener evangelischen Junglingsvereine, „Der Junglingsfreund“ (Nr. 1, 1913) zu der Frage wie folgt:

„Wer mit Erfolg arbeiten will, muß den Grundsatz der Arbeitsteilung vertreten. Die evangelischen Jugendvereine sind Gesinnungsvereine. Die Vertretung der beruflichen, wirtschaftlichen und sozialen Interessen ihrer Mitglieder gehört nicht zu ihrem Aufgabenkreis. In den christlichen Gewerkschaften sind Organisationen entstanden, die als Weggenossen von uns anzusprechen sind. Die christlichen Gewerkschaften stehen auf christlichem und nationalem Boden und arbeiten mit gesetzlichen Mitteln an der kulturellen Hebung ihrer Anhänger. Sie sind die Berufsorganisationen für unsere Mitglieder aus dem Arbeiterstand. Denn die vaterländische und religiöse Ueberzeugung des Einzelnen wird in den christlichen Gewerkschaften hochgehalten und respektiert. Ja, die christlichen Gewerkschaften legen ihren Mitgliedern sogar den Beitritt zu den konfessionellen Standes- und Jugendvereinen nahe in der Ueberzeugung, daß ohne die rechtliche Gesinnung des Arbeiters seine Organisationen auf die Dauer nur Flickwerk leisten können. Im Interesse der Zukunft unserer Vereine empfehlen wir an dieser Stelle nachdrücklich ein planmäßiges Hand-in-Handarbeiten mit den christlichen Gewerkschaften.“

Agitation für die Gelben.

Die Laternenpfähle und Straßenbahnmasten in den verkehrreichsten Straßen Nachens hatten am Montag, den 10. März früh ein eigenartiges Aussehen. Ueberall waren in Manneshöhe gelbe und rote Zettel angeklebt, auf denen zu lesen war:

„Streber!

Kriecher!

Schmaroher!

Agitiert für den gelben Werkverein!

Die „Gelben“ und ihre Gönner sollen über diese Art der Agitation sehr „erfreut“ gewesen sein.

Literarisches.

Wir machen nochmals auf nachstehende Bücher aufmerksam, welche direkt beim Generalsekretariat in Köln, Lenloerwall 9, bestellt werden können.

1. „Protokoll der Verhandlungen des 8. Kongresses der christlichen Gewerkschaften Deutschlands. Abgehalten in Dresden.“ Preis 50 Pfg.

2. „Protokoll der Verhandlungen des außerordentlichen Kongresses der christlichen Gewerkschaften Deutschlands. Abgehalten in Essen.“ Preis 10 Pfg.

3. „Im Kampf um die Grundsätze der christlichen Gewerkschaften.“ Vortrag des Herrn Generalsekretär N. Stegerwald nebst Stellungnahme des christlichen Gewerkschaftskongresses in Dresden, zum Gewerkschaftstreit. Preis für Mitglieder 5 Pfg.

4. Becker, „Aufgaben in der reichsgesetzlichen Arbeiterversicherung.“ Preis für Mitglieder 35 Pfg.

Die Hauptgeschäftsstelle unseres Verbandes ist ebenfalls bereit, den Ortsgruppen die Broschüren zu übermitteln.